

Meeresschützer protestieren gegen Zerstörung der Ozeane

Aktivisten fordern Schutzgebiete statt Industrialisierung der Tiefsee

Bremen, 19. 5. 2014 – Gegen den fortschreitenden Raubbau an den Weltmeeren protestieren Aktivisten von Greenpeace und einem breiten Bündnis von Organisationen heute zu Beginn der EU-Konferenz zum europäischen Tag der Meere.

Die Aktivisten haben vor den Bremer Messehallen eine fünf Meter hohe Skulptur errichtet. Eine Tiefsee-Förderplattform, ein Öltanker, ein Fischerei-Trawler und verrostete Atommüllfässer stellen übereinandergestellt die "Bremer Stadtmusikanten der Meereszerstörung" dar. Auf Bannern steht in englischer und deutscher Sprache "Rettet unsere Meere". „Tiefseebergbau, Hochseefischerei und Ölförderung zerstören die Ozeane. Die EU muss den Industrie-Wildwuchs stoppen und endlich funktionierende Schutzsysteme einrichten“, fordern die Organisationen. „Die Ausbeutung der Tiefsee-Ressourcen muss verboten bleiben bis ihre Umweltverträglichkeit bewiesen ist.“

Die Untersuchung von lediglich 250 Quadratmetern der Tiefsee liefert unser gesamtes biologisches Artenwissen in diesem Bereich. Nun droht der industrielle Ausverkauf und der Verlust bisher unbekannter Arten der Tiefsee. Auch Deutschland besitzt die Konzession für ein 75.000 Quadratkilometer großes Tiefsee-Gebiet im Pazifik. Dort sollen künftig Manganknollen gefördert werden. Das Programm "Blaues Wachstum" der EU-Kommission beschäftigt sich hauptsächlich mit der wirtschaftlichen Ausbeutung der Ozeane. Etablierte Standards wie das Vorsorgeprinzip werden vielfach ignoriert. Dabei haben sich die Mitgliedsländer der Europäischen Union in zahlreichen regionalen und internationalen Abkommen wie der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie oder der Biodiversitätskonvention zum Schutz der Meere verpflichtet.

Vereinte Nationen müssen Hohe See schützen

Das Aktionsbündnis ruft die Bundesregierung dazu auf, für ein international verpflichtendes Völkerrechtsinstrument zum Schutz der Hohen See einzutreten. Dieses muss bei den Vereinten Nationen angesiedelt sein und seine Umsetzung durch die UN kontrolliert werden. Die Folgen des Klimawandels bedrohen die Zukunft der Meere. Sie führen zum Verlust von Lebensräumen und haben einen rasanten Verlust der Artenvielfalt zur Folge. Nur durch sofortige Ausweisung und Kontrolle großflächiger Meeresschutzgebiete können die Effekte der globalen Katastrophe abgemildert werden.

Eine Presseerklärung von Greenpeace Deutschland, Whale and Dolphin Conservation Society, Waterkant, Slow Food Deutschland e.V., Robin Wood, NABU, FairOceans, Deepwave, Bund und Brot für die Welt.

Kontakt:

Ruth Schlögl

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit WDC-Deutschland

ruth.schloegl@whales.org

Tel. 0160 433 2483